

Europa Info

Newsletter Ausgabe 1/2013

EU-Kommunal
Kommunale Nachrichten
aus und für Europa

„Unser Auftrag: Europa für Kommunen!“
Die nordrhein-westfälischen CDU-Europaabgeordneten
Sabine Verheyen und Dr. Markus Pieper informieren

Europa- und Kommunalwahlen in NRW finden am 25. Mai 2014 statt

Ministerrat folgt Resolution des EU-Parlaments

Was von vielen politischen Beobachtern erwartet wurde, verfestigt sich: Die nächsten Wahlen für das Europaparlament sollen um zwei Wochen auf den Zeitraum vom 22. bis 25. Mai 2014 vorgezogen werden. Da Wahlen in Deutschland traditionell auf einen Sonntag fallen, bedeutet dies, dass die deutschen Abgeordneten am 25. Mai 2014 gewählt werden. Da die Europa- und Kommunalwahlen in NRW im kommenden Jahr am selben Tag stattfinden sollen, steht somit auch der Kommunalwahltermin fest.

Den Wahltermin für das EU-Parlament haben Vertreter der EU-Regierungen am 12. März 2013 in Brüssel festgelegt. Ursprünglich sollten die Wahlen vom 5. bis 8. Juni 2014 stattfinden. In einer Mitteilung des Ministerrates heißt es, die vorzeitige Wahl der 751 Abgeordneten erfolge auf Wunsch des Parlamentes. Dieses hatte sich am 22. November 2012 in einer Resolution dafür ausgesprochen, die Wahlen entweder vom 15. bis 18. Mai oder vom 22. bis 25. Mai abzuhalten, um zu verhindern, dass der Wahltermin auf Pfingsten fällt. In zahlreichen Ländern sind zu diesem Zeitpunkt Schulferien.

Die EU-Parlamentarier waren in Sorge, dass die Wahlbeteiligung am ursprünglichen Wahltermin weiter zurückgehen könnte. Diese hatte bei der letzten Wahl im Jahr 2009 nur 43,1 % betragen. Schon 2005 war eine Europawahl leicht vorgezogen worden, um eine Überschneidung mit Ferienterminen in einigen Mitgliedsländern zu verhindern.



Eine solche Anpassung der Wahltermine ist im Gesetz ausdrücklich vorgesehen. Nach der Entscheidung der EU-Botschafter über das Vorziehen der Wahl ist formal noch ein weiterer Ratsbeschluss und die Zustimmung des Parlaments nötig. Beides gilt als sicher.



Sabine Verheyen MdB

Büro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel. 0241 - 56 00 69 33
Fax 0241 - 56 00 68 85
info@sabine-verheyen.de



Dr. Markus Pieper MdB

Büro Münster
Mauritzstraße 4-6
48143 Münster
Tel. 0251 - 41 84 241
Fax 0251 - 41 84 242
europabuero@markus-pieper.eu

Europa Info

Newsletter Ausgabe 1/2013

EU-Kommunal
Kommunale Nachrichten
aus und für Europa



EU-Konzessions-Richtlinie: Richtlinie muss unmissverständlich festlegen, dass keine Wasserprivatisierung beabsichtigt ist.

Das Europäische Parlament diskutiert derzeit den Entwurf einer Richtlinie über die Konzessionsvergabe für Dienstleistungen und Bauvorhaben. Es zeichnet sich eine große Mehrheit im Europäischen Parlament für diesen Vorschlag von EU-Kommissar Michel Barnier ab. Die Transparenz der Vergabe von Konzessionen durch die öffentliche Hand soll dadurch erhöht werden.

„Eine europäische Bürgerinitiative (www.right2water.eu) sammelt derzeit Unterschriften und fordert, dass die Wasserversorgung grundsätzlich in öffentlicher Hand liegen sollte. Wir wollen, dass der Gesetzestext unmissverständlich festlegt, dass die Richtlinie keine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen erfordert, insbesondere nicht von Wasser!“, erklärte die Europaabgeordnete Sabine Verheyen. Damit befinden sie sich im Einvernehmen mit den Kommunalen Spitzenverbänden.

„Die kommunale Wasserversorgung in Deutschland sichert eine hohe Qualität des Trinkwassers zu bezahlbaren Preisen und investiert nachhaltig in die Infrastruktur. Das beweist auch die hohe Zufriedenheit der Verbraucher. Die kommunale Wasserwirtschaft muss deshalb unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können, wo Kommunen dies wünschen. Das ist unser Maßstab. Ob veränderte Pläne der Kommission dem gerecht werden, wird sich zeigen, wenn dazu Formulierungsvorschläge auf dem Tisch liegen: Auf den Wortlaut kommt es an. Am besten könnte Klarheit geschaffen werden, wenn die Richtlinie für die Wasserwirtschaft gar nicht gelten würde.“



Sabine Verheyen MdEP
Büro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel. 0241 - 56 00 69 33
Fax 0241 - 56 00 68 85
info@sabine-verheyen.de



Dr. Markus Pieper MdEP
Büro Münster
Mauritzstraße 4-6
48143 Münster
Tel. 0251 - 41 84 241
Fax 0251 - 41 84 242
europabuero@markus-pieper.eu

Europa Info

Newsletter Ausgabe 1/2013

EU-Kommunal
Kommunale Nachrichten
aus und für Europa

Stadtsanierung

Das Europäische Parlament hat die Bedeutung der Stadtsanierung betont. Es begrüßt in einer Entschließung den Vorschlag der EU-Kommission, dass mindestens 5 Prozent der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt und „ohne zu strenge Bindung“ den Städten zur Verwaltung übertragen werden.

„Die 5%ige Mittelbindung wird dabei ausdrücklich als Minimalziel bezeichnet. Zugleich betont das Parlament die enge Verflechtung zwischen Stadtsanierung und wirtschaftlicher Wiederbelebung“, erläuterte der Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper. Dafür werde ein neues Konzept benötigt, u.a. mit „Maßnahmen zur Verhinderung des städtischen Verfalls und zur Förderung der Entwicklung von armen Gebieten und Randgebieten“. In der Entschließung werden u.a. folgende Schwerpunkte einer künftigen Stadterneuerung angesprochen:



- Gemeinsame Projekte und Partnerschaften mit Vereinen und Bürgern;
- Ausarbeitung von Plänen für den Schutz und die Erneuerung von Wohngebieten;
- mittel-/langfristige Aktionspläne für städtische Gebiete im Bereich des nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts;
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Energie-Ineffizienz durch die funktionale Erneuerung von Gebäuden und durch den Bau ressourceneffizienterer Wohngebäude, einschließlich Sozialwohnungen.

„Schließlich wird der sehr hohe Wert von Grünflächen und Stadtparks für das natürliche, geschichtliche und kulturelle Erbe angesprochen, die dazu beitragen, das Mikroklima zu regulieren und die sozialen Erfordernisse und Erholungsbedürfnisse zu befriedigen“, erklärte der Europaabgeordnete aus dem Münsterland.



Sabine Verheyen MdB

Büro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel. 0241 - 56 00 69 33
Fax 0241 - 56 00 68 85
info@sabine-verheyen.de



Dr. Markus Pieper MdB

Büro Münster
Mauritzstraße 4-6
48143 Münster
Tel. 0251 - 41 84 241
Fax 0251 - 41 84 242
europabuero@markus-pieper.eu

Entschließung des Parlaments zur Stadtsanierung als Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vom 15.01.2013 unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0001&language=DE&ring=A7-2012-0406>

Europa Info

Newsletter Ausgabe 1/2013

EU-Kommunal
Kommunale Nachrichten
aus und für Europa

Militärgelände-Verkauf

Beim Verkauf von Militärgelände an Kommunen ist EU-Recht zu berücksichtigen. Das hat Kommissar Almunia auf eine Parlamentarische Anfrage am 08.01.2013 erklärt. Gefragt worden war, „ob eine Anmeldung als Beihilfe in Brüssel erforderlich ist, wenn ehemalige militärische Liegenschaften an Städte und Gemeinden unter Marktpreis verkauft werden, um sie für den sozialen Wohnungsbau zu verwerten“.



Der Kommissar u.a. wörtlich: „Die Anwendung des DAWI-Beschlusses setzt in jedem Fall voraus, dass sämtliche in diesem Beschluss festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Dann braucht die Maßnahme nicht nach den EU Beihilfavorschriften angemeldet zu werden.“

Anlass für die Parlamentarische Anfrage ist ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/10334), wonach künftig beim Verkauf von Bundeswehrliegenschaften nicht nur wirtschaftliche Tatbestände, sondern gleichrangig auch strukturpolitische Ziele des Bundes, der Länder und der Kommunen Berücksichtigung finden müssen.



Sabine Verheyen MdB
Büro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel. 0241 - 56 00 69 33
Fax 0241 - 56 00 68 85
info@sabine-verheyen.de



Dr. Markus Pieper MdB
Büro Münster
Mauritzstraße 4-6
48143 Münster
Tel. 0251 - 41 84 241
Fax 0251 - 41 84 242
europabuero@markus-pieper.eu

Kurz notiert

17 Europaabgeordnete der deutschen CDU/CSU haben jetzt einen Parlamentarischen Kreis für Belange des Mittelstands (PKM) gegründet. „Unser Einsatz gilt einer starken Wahrung und fairen Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen“, so die neugewählten Sprecher des „PKM Europe“ Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU).

Innerhalb der EVP-Gruppe wolle man sich dazu noch besser vernetzen. Themen wie Basel 3, Berufsqualifikationen, Meisterbrief oder DIN-Normen erforderten zudem eine spezielle „deutsche Diskussion“. Anstehende EU-Gesetzgebungen wird der PKM deshalb im frühen Dialog mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und mit dem Berliner PKM der CDU/CSU im Bundestag diskutieren. In Brüssel plant der neue Arbeitskreis einen intensiven Austausch mit Kammern und Wirtschaftsverbänden sowie spezielle Themenveranstaltungen für kleine und mittlere Unternehmen.